

Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
- 2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,
- 3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch
- 4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
- 5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz
- 6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.
- 7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht
- 8 und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus
- 9 den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns
- 10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen und solidarisieren uns
- 11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und CSU
- 13 stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltslinie für die Seenotrettung und gegen eine
- 14 Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und
- 15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien,
- 16 Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten,
- 17 brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenministern blockiert.
- 18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die
- 20 Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,
- 21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete
- 22 tage- und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in
- 23 Luft aufgelöst.
- 24 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die "Alan
- 25 Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 26 • Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung
- 27 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen
- 28 Milizen
- 29 • Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des Malta-
- 30 Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den
- 31 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit nehmen er

32 und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen
33 und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.

34 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta gezielt
35 libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach
36 Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht
37 und europäische Werte.

38 **Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:**

39 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine Frage
des
40 politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem
41 Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen
jedes
42 Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu
43 unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein europäisch
44 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen. **Solange
sollen
45 die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven Beitrag
zur
46 Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten
Unterstützung prüfen.**

47 .

48 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte
49 Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei
50 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu
können und
51 von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen
Europäischen
52 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht
53 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen
werden.
54 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in
den
55 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche Küstenwache
reden.
56 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht
werden,
57 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen Rechts
58 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um
Rettungsaktionen
59 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen
60 verzögert werden.

61 3. ... **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen
Außengrenzen ankommen**

62 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine schnelle
Verteilung
63 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und
unwürdige
64 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die
65 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den Außengrenzen
Europas
66 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen
werden.
67 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und
gemeinschaftlich
68 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung dieser
wichtigen
69 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und
Flüchtlingsaufnahme
70 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische
71 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.
72 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt. Externalisierung
von
73 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen
sowie
74 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab. **Außerdem
müssen**
75 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten
Regionen,**
76 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür sollen
die Länder-
77 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetzes
ausgenutzt
78 werden.

79 4. **... sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten eine
Ausweitung der
80 Resettlement und Relocationprogramme, aber auch der
Landesaufnahmeprogramme. Die EU-
81 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten
Resettlement-
82 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle Asylrecht wird
83 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung
gegenüber
84 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr – beispielsweise aus UN-
85 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen wir die
86 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder grundrechtskonform
ermöglichen
87 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und
Bundesländer,
88 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich

verbessert
werden.

89

90 5.

...der Schengen-Kodex eingehalten wird. Völkerrechtlich unzulässige
Zurückweisungen

91

von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU nicht
weiter

92

akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den

93

innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

94

gewährleistet werden.

95 6.

... die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird, so lange
ihre

96

Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort

97

zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu

98

Hilfsorganisationen

98

sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für

99

die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die EU
gibt

100

es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In Libyen
selbst

101

sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt, mit

102

Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei.

103

Die

103

Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten für die

104

Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.